

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

27.10.1865 (No. 254)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. Oktober.

N. 254.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Dienstschriften.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit dem höchsten Entschlusse aus großh. Staatsministerium vom 17. Juli d. J. aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrei Friedrich Julier in Leutershausen auf die kathol. Pfarrei Mühlhausen, Dekanats Waibstadt, gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 19. Sept. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit dem höchsten Entschlusse aus großh. Staatsministerium vom 17. Juli d. J. aus der Zahl der von dem Hrn. Erzbischof der großh. Staatsregierung vorgeschlagenen drei Bewerber den Pfarrei Oberbiederbach, Dekanats Freiburg, gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 21. Sept. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben mit dem höchsten Entschlusse aus großh. Staatsministerium vom 17. Juli d. J. auf die höchstehenden Patronat unterliegende kathol. Pfarrei Mühlberg, Dekanats Kahr, den geistlichen Lehrer Richard Hummelshausen am Lyceum in Konstanz gnädigst zu ernennen geruht, und ist derselbe am 22. Sept. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Se. Excellenz der Hr. Erzbischof hat die Pfarrei Obereschzell, Dekanats Wosbach, dem bisherigen Vikar an der untern Stadt-Pfarrkirche in Mannheim, Adolf Mannert, verliehen, und ist derselbe am 12. Sept. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Se. Excellenz der Hr. Erzbischof hat die Pfarrei Staufien, Dekanats Weisach, dem bisherigen Pfarreiweiser zu St. Stephan in Konstanz, Peter Zureich, verliehen, und ist derselbe am 21. Sept. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Se. Excellenz der Hr. Erzbischof hat die Pfarrei Reichenau-Oberzell, Dekanats Konstanz, dem Pfarreiweiser Johann Gottmann in Wagenstadt verliehen, und ist derselbe am 28. Sept. d. J. kirchlich eingesetzt worden.

Dem von Sr. Durchlaucht dem Fürsten Karl Egon von Fürstenberg auf die Pfarrei Kappel, Dekanats Stühlingen, präsentirten bisherigen Pfarreiweiser von Heimbach, Gottlieb Egla, wurde am 13. Sept. d. J. die kirchliche Einsetzung erteilt.

Mit Entschlusse vom 3. Okt. d. J. hat der evangel. Oberkirchenrath der Seiten der fürstl. Leininger'schen Ständeherrschaft erfolgten Präsentation des Pfarreiweisers Ludwig Stöcker in Gauangeloch auf die evangel. Pfarrei Borsberg die Bestätigung erteilt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Kassel, 26. Okt. Die „Hess. Morgen-Ztg.“ erfährt, daß die Vorstände der Ministerien des Aeußern und der Justiz, die H. Abbe und Pfeiffer, anlässlich der amtlich bestätigten Entlassung des Finanzministers v. Dehn-Rothfels ihre Entlassung gefordert haben. Auch der Regierungsdirektor Harbordt habe gebeten, ihn von der Vernehmung des Ministeriums des Innern zu entbinden. Der Finanzreferent Ledberghose hat die ihm angebotene provisorische Uebernahme des Finanzministeriums abgelehnt.

† Kassel, 26. Okt., Nachmittags. Oberfinanzrath Ledberghose ist mit der Vernehmung des Finanzministeriums beauftragt und hat den die Aufrechterhaltung der Verfassung betreffenden Revers im Ständehaus eingereicht.

Berlin, 25. Okt., Nachmittags. (W. T. B.) Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält den folgenden Artikel:

Die an die Anwesenheit des Erbprinzen von Augustenburg in Gedenksache sich knüpfenden Vorgänge haben selbstverständlich dem Gouvernement des Großherzogthums Schleswig Veranlassung zu einer ernstlichen Untersuchung gegen die Theilnehmer gegeben. Dadurch, daß er Operationen entgegennahm, welche ihm als Landesherren dargebracht wurden, maßte sich der Erbprinz den Charakter des Landesherren im Widerspruch mit den gegenwärtigen Autoritäten an. Der Gouverneur des Großherzogthums Schleswig machte in einem vom 18. d. M. datirten Schreiben dem Prinzen auf die Folgen aufmerksam, welche die Wiederholung solcher Vorfälle für ihn persönlich haben müßte. Es ist zu hoffen, daß dies ernste, vom König durchaus gebilligte Einschreiten des Gouverneurs die Wiederkehr von Usurpationsversuchen seitens einer unberechtigten Autorität verhindern werde. Sollte der Prinz nochmals ohne Erlaubnis des Königs den Boden Schleswigs betreten und Anlaß zu neuen Demonstrationen darbieten, so wird seine Verhaftung zu gewärtigen sein.

Deutschland.

Karlsruhe, 26. Okt. Der in der Befugung der Direktorstelle im Oberschulrath eingetretenen Personaländerung wird eine Bedeutung und eine Tragweite in vielen Organen der Presse zugeschrieben, welche dieselbe weder besitzt, noch besitzen darf. Der seitherige Direktor war nicht Kultusminister, sondern der Vorstand einer Zentralmittelschule; seine Aufgabe war nicht, an der obersten Leitung der Regierungsgeschäfte Theil zu nehmen, sondern innerhalb der von der Staatsregierung ausgehenden Direktion sein Amt zu verwalten. Wie bedeutend dabei auch die geistige Begabung dieses Mannes und wie achtungswerth sein Charakter sein mag, im Gegensatz zu den Ministern können diese Eigenschaften die Person des Geh. Rathes Knies und sein Verbleiben im Amt weder zu einem Prinzip der Regierung, noch sein Scheiden aus der Direktion des Oberschulraths zu einer Aenderung des Programms derselben stempeln. Die großh. Staatsregierung hat seinen Eigenschaften durch die ehrenvolle Stellung, welche sie neuesten demselben verliehen hat, alle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Für die Mitglieder des Staatsministeriums muß aber der Anspruch erhoben werden, daß ihr Programm nicht bedingt ist durch die Frage, welche Persönlichkeit der Leitung einer Zentralmittelschule vorsteht, und wäre diese Stelle auch der Oberschulrath. Im Gegentheil, wäre die Sachlage so beschaffen, daß der Vorstand dieser Stelle als der Träger einer selbständigen Politik erschiene, welche neben oder im Widerspruch mit den Maximen der Staatsregierung sich geltend machen wollte, so läge darin allein ein mehr als hinreichender Grund für die Nothwendigkeit einer Aenderung eines so unnatürlichen Verhältnisses. Dem ist aber nicht so. Wie die Lösung der Schulfrage aus den Erwägungen der Staatsregierung ihren Ursprung ableitet, so wird sie auch ihren weiteren Fortgang in demselben Geiste und nach den gleichen Grundfäden finden, aus denen sie hervorgegangen ist, und es wird der Staatsregierung an der nöthigen Energie nicht fehlen, das begonnene Werk durchzuführen.

Die Auseinandersetzung der Gründe, welche zu einer Personalveränderung in einer Beamtenstelle führen, ist aus naheliegenden Ursachen für die Öffentlichkeit nicht geeignet. Daß aber diese Gründe nicht darin liegen können, daß die Staatsregierung ihr Programm in irgend einer Weise zu ändern gedenkt, dafür sollte schon der Umstand bürgen, daß sie für dies Programm eben erst in den Wahlen eine glänzende Genugthuung erhalten hat. Man wird also der Wahrheit so nahe als möglich kommen, wenn man bei im Oberschulrath eingetretenen Veränderung keinerlei prinzipielle Bedeutung beilegt.

□ Frankfurt, 25. Okt. Die österreichisch-preussischen Depeschen fahren fort, unsere Stadt in ungewohnte Aufregung zu versetzen. Denn wenn auch eben jene Depeschen dieselbe als den Herd der Revolution schildern, so war letzthin auch bei uns das politische Interesse erheblich zurückgetreten, und für Abgeordnetentag und Sechsendreißiger-Ausschuß enthusiastisch in der That fast Niemand. Aber allgemein fühlt man, daß in dem Schritt der Großmächte ein Angriff auf die Unabhängigkeit der Freistaat und auf den ihr zustehenden Bundeschutz, auf den Bund selbst liegt, und man fragt sich, was denn werden würde, wenn das angebotene Eingreifen versucht werden wollte? Ungahtet dessen ist man mit dem Beschluß des Senats, die Beleidigungen und das Anfeinden der Noten energig zurückzuweisen, allgemein einverstanden, weil es nicht bloß die Würde und Freiheit der Stadt zu wahren, sondern auch ein für ganz Deutschland gefährliches Beispiel, durch billige Drohung leichte Zugänglichkeit zu erzielen, abzuwenden gilt.

Der heute vorliegende Wortlaut der beiden Noten verstärkt diese Gefühl. Die Veruche offizieller Federn, glauben zu machen, daß dem Senat nur eine Beschwerde am Bund in Aussicht gestellt, und daß es sich um einen Depeschenwechsel handle, wie er zwischen unabhängigen Staaten, welche glauben, einander etwas vorbehalten zu dürfen, in der Ordnung sei, fallen damit zu Boden. Die preussische Note enthält die unverblühte Drohung eines „eigenen Eingreifens“. Und enthielte sie dieselbe nicht, so ist der Ton des Schriftstücks und damit dieses an sich ein Eingriff in die Rechte eines selbständigen Staates, weil es die Ablängung der Selbständigkeit in sich schließt.

Die österreichische Note ist weniger schroff in der Form und läßt die Deutung von einer Bedrohung mit Betretung des Bundeswegs zu. Es handelt sich aber in erster Linie um Preußen bei diesem Streik; denn es wird glaubwürdig versichert, daß die österreichische Regierung nur ungern sich dem Vorhaben Preußens angeschlossen hat.

Abgeordnetentag, Ausschuß, Nationalverein haben sich auch auf anderen Territorien, zum Theil in Berlin selbst, versammelt. Man hat sie gewähren lassen, bis ihre Ungefährlichkeit deutlich geworden ist. Und nun, da — oder weil? — die Phrase matt und die Belletristen resultatlos sind, wächst ihre Bedeutung zur Begründung extremer Schritte! Der Frankfurter Presse wird Nothheit, dem Senat Connivenz dagegen vorgeworfen. Mag in einzelnen Fällen die Sprache eines einzelnen Blattes derb gewesen sein, so klingt ein Vorwurf darüber von den Afern der Spree höchst befremdend, wo die

Stylfremdheit bevorzugter Blätter ungestört gebildet wird. Deren Tendenz, den Deutschen Bund aus den Fugen zu heben, das Staaten- und Fürstenrecht Deutschlands zu vernichten, ist gewiß subversiver Art. Die in Frankfurt tagenden Vereine und die etwa gemeinten Blätter streben höchstens danach, einen dem formellen Recht widersprechenden Einfluß Preußens zu verhindern und das Bestehende zu erhalten. Gegen Auswüchse des Ausdrucks gibt das Frankfurter Gesetz den Weg gerichtlicher Verfolgung an die Hand.

Der Deutsche Bund ist eine Vereinigung souveräner Staaten, gestiftet zum Schutze der Schwächeren gegen die Stärkeren. Das Streben, innerhalb des Bundes alle Diskussionen zu Nachfragen zu machen, widerstrebt seinem innersten Wesen. Das Bundesverhältniß entzieht die Beziehungen der deutschen Staaten der internationalen Methode und dem europäischen Forum: an die Stelle der hierfür maßgebenden Konventionen, des hier zulässigen Appells an den Machtgebrauch, aber auch der schützenden internationalen Staaten-Kombination ist für sie ein anerkanntes Recht und das rechtliche Verfahren getreten. Will in die Abgeschlossenheit des Bundes das Gebot des Stärkeren eingeführt, wollen seine Formen umgangen oder in diesem Sinne gehandhabt werden, so hört der wesentlichste Vortheil des Bundesverhältnisses, jener Schutz des Schwächeren, auf. Durch derartige Verkehrung der Dinge wird die deutsche Frage nicht gelöst, sondern noch mehr verwirrt. Indem man sich dagegen wehrt, verfallt man nicht dem Vorwurf engherziger Partikularismus, sondern erfüllt eine nationale Pflicht.

Es dürfte kaum zu zweifeln sein, daß die Regierungen der übrigen deutschen Mittel- und Kleinstaaten und die gesunde öffentliche Meinung sich dieser Ansicht nicht verschließen, und dem Senate, wenn die Angelegenheit mit dessen Antwort nicht abgethan sein sollte, kräftig zur Seite stehen werden.

Frankfurt, 25. Okt. (Zrf. Postztg.) In nächster Woche werden die Sitzungen der Bundesversammlung wieder beginnen. Dem Vernehmen nach steht der Eröffnung derselben gegenwärtig der Umstand im Weg, daß der Bundespräsident, Baron v. Kübeck, fortbauend unwohl, auch der preussische Gesandte, Hr. v. Savigny, noch von hier abwesend ist.

München, 24. Okt. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Ueber den Standpunkt, welchen die bayerische Regierung Angesichts der Drohungen der beiden deutschen Großmächte gegen die freie Stadt Frankfurt einnimmt, kann kein Zweifel obwalten. Die bayerische Regierung hat zu allen Zeiten die Rechte des Bundes und eines jeden seiner einzelnen Glieder geachtet, gleichwie sie auch die Achtung ihres eigenen Rechts in Anspruch nimmt. — An dem durch ein hiesiges Blatt verbreiteten Gerücht: der Hr. Kriegsminister habe seine Entlassung eingereicht, sowie an dem dafür angegebenen Grund ist kein wahres Wort.

München, 25. Okt. In Bezug auf die Eisenbahn-Verhandlungen zwischen Bayern und Kurhessen vernimmt die „Bayer. Ztg.“ aus sicherer Quelle, „daß dieselben durch beiderseitige Kommissäre im Lauf dieses Sommers geführt worden sind, und jüngst zur Feststellung des Entwurfs eines Staatsvertrags über verschiedene Eisenbahn-Verbindungen an den beiderseitigen Landesgrenzen geführt haben. Dieser Entwurf unterliegt demalen der definitiven Genehmigung der k. Staatsregierung. Ueber Zeit und Ort der Unterzeichnung dieses Vertrags ist aber noch keine Bestimmung getroffen“.

Dresden, 24. Okt. Das „Dresden. Journ.“ schreibt heute:

Die von beiden deutschen Bundesgroßmächten an den Senat von Frankfurt gerichteten Noten haben leichtbegreiflicher Weise viel Aufsehen in der deutschen Presse erregt. Wir haben uns bisher enthalten, an dieser Stelle Urtheile über diese Angelegenheit aus den Zeitungen zusammenzustellen, da die denselben zu Grunde liegenden Vorgänge nicht genügend der Presse bekannt waren und erwartet werden darf, daß authentische Veröffentlichungen erfolgen, welche eine genaue Würdigung des Gegenstandes in der Öffentlichkeit gestatten. Doch mag einstweilen hier erwähnt sein, daß die gesammte deutsche Presse — mit einziger Ausnahme der ministeriellen Blätter in Berlin und Wien — entschieden Partei gegen die Noten Oesterreichs und Preußens an den Frankfurter Senat ergriffen hat. Von besonderem Interesse erscheint uns dabei die Nuancirung, welche zwischen den Auffassungen der genannten ministeriellen Presse zu Tage getreten ist und welche denn auch Blättern anderer Richtung Anlaß zu dem Versuche gegeben hat, für ihre besondere Parteilichkeit Nutzen aus den Vorgängen zu ziehen. Es scheint nämlich, daß, wenn auch in den Noten der beiden Großmächte dieselben Gedanken ausgedrückt sind, doch in Bezug auf die Form eine Verschiedenheit herrscht, und namentlich was die Stelle betrifft, worin Ausichten auf weitere Schritte eröffnet werden, sofern der Senat den Anprüchen der Großmächte nicht genüge, so gibt die gewählte verschiedene Ausdrucksweise zu verschiedenen Auslegungen Raum. Die Wiener Presse gibt zu verstehen, daß Oesterreichischer Seite dabei Schritte am Bund ins Auge gefaßt würden, während preussische Blätter hervorheben, daß gerade das direkte Eingreifen der deutschen Großmächte und die bevorstehende weitere Verfolgung der Sache ihrerseits neben dem Bund die „neue Aera“ der „Entente cor-

diale" zwischen Oesterreich und Preußen Charakteristiken. Diese Differenz der Auffassungen zwischen Berlin und Wien ist nun von Blättern, denen vor Allen am Herzen liegt, daß dem nicht-großwärtigen Deutschland kein Vertrauen in Bezug auf Sicherung gesetzlicher Freiheiten und verfassungsmäßiger Zustände in den Bundesstaaten vor einseitigen Eingriffen zugewandt würde, dazu benützt worden, um zu demonstrieren, daß die Berliner Politik einfach die Sorge für Ruhe und Ordnung den beiden deutschen Großmächten übertragen wissen wolle, während Oesterreich den Boden am Bund vorbereitet habe, damit dieser, mit Dank für seine Berücksichtigung, das Siegel auf alle reaktionären Maßregeln abdrücke. Die „National-Zeitung“ stellt heute so die Sache dar, und die „West-Zeitung“, wie die in gleichem Geiste bedienten Blätter melden, Niemand sei froher über dies Auftreten der deutschen Großmächte, als der Frankfurter Senat selbst und überhaupt die übrigen Bundesregierungen! Wir wollen der Zeit nicht vorgreifen; mit wenig Geduld wird man ja bald in Deutschland erfahren, wie die Dinge liegen. Aber Das können wir versichern, daß die Auslassungen, welche vorläufig den Großmächten von dieser Seite her bekannt wurden, beweisen, wie wenig das Bundesterrain zu dem angeführten Zweck mit Erfolg kultiviert worden ist.

Schleswig, 22. Okt. Den „Hamb. Nachr.“ wird von hier geschrieben: „Heute war wiederum der Bürgermeister Spethmann aus Eckernförde hier, um wegen der letzten Vorgänge in Eckernförde mit Hrn. v. Mantuffel und Hrn. v. Jöblich zu konferieren. Wie man hört, hat der Bürgermeister Spethmann (der bekanntlich zugleich Polizeimeister ist) den Fuhrmann Jürgensen protokolllarisch vernommen über die in der „Schl.-Holst. Ztg.“ veröffentlichte Darstellung einer zwischen dem Polizeiminister und Jürgensen stattgehabten Verhandlung in Betreff des von diesem und seinen Freunden beabsichtigten Vorreitens vor dem herzogl. Wagen. Hr. Jürgensen soll zu Protokoll gegeben haben, daß er nicht allein gleich nach Lesung des genannten Artikels gegen seine Bekannten erklärt hätte, nicht so gesprochen zu haben, sondern auch hier in Betreff einer Anzahl der hochtönendsten Redensarten dasselbe wiederholen müsse.“ — Unter gleichem Datum berichtet die „Schl.-Holst. Ztg.“: „Das Einfordern der Mitgliederverzeichnisse der schleswig-holsteinischen Vereine hat auch den Zweck, solche Meister von allen Regierungsarbeiten auszuschließen, die an dem Verein Theil nehmen. Solches ist schon zwei Meistern, einem Tapezier und einem Zimmermann, beim Bau des Biskopschen Palais passiert.“ — Dasselbe Blatt meldet ferner, daß der zur „nationalen“ Partei gehörende Landvogt Tiedemann einen Bayern-Landvogt entlassen habe, weil er sich geweigert, eine an Herzog Friedrich gerichtete Adresse zu unterschreiben.

Hensburg, 25. Okt. (W. R. B.) Die „Nordb. Ztg.“ veröffentlicht die Rede, welche der Gouverneur Generalleutnant v. Mantuffel in Habersleben an die dortigen Beamten gehalten hat. In derselben erklärt er, er habe, wenn auch sehr ungern, in Eckernförde ein strenges Exemplar statuten müssen. Allein nur durch Strenge gegen einige Wenige könnten die Existenzen vieler, welche durch Parteilichkeit bedroht seien, gesichert werden. Er warne daher auch hier im Norden vor allen Demonstrationen, die hier möglicher Weise im dänischen Sinn ausfallen könnten. Er werde keine Demonstrationen dulden. Der König von Dänemark habe auf die Souveräne Oesterreichs und Preußens alle seine Rechte hinsichtlich der Herzogthümer übertragen. Dies sei die einzige Basis, auf welcher die gesetzliche Ordnung erbaut werden könne. Wer dieser Basis zuwiderhandele, „habe es mit ihm zu thun“. Die Beamten sollten sich durch die Agitationen der Zeitungen nicht irre machen lassen. Sie sollten sein Gesicht ansehen und später entscheiden, ob sie zu ihm oder zu den Zeitungen mehr Vertrauen fassen könnten. — Der Lehrer Brauer in Borby ist wegen seiner Anrede an den Herzog einstweilen von seinem Amt entfernt worden.

Sonderburg, 19. Okt. In holsteinischen und Hamburger Blättern ist Klage darüber geführt, daß bisher eine Taxation der zu den hiesigen Befestigungsanlagen in Anspruch genommenen Grundstücke nicht erfolgt sei. Ähnliche Klagen scheinen auch hier am Orte selbst laut geworden zu sein, und deshalb bringen beide hiesige Blätter die Erklärung, sie seien zu der Mittheilung in den Stand gesetzt, daß beabsichtigt werde, in der allernächsten Zeit die in dieser Beziehung notwendigen Schritte vornehmen zu lassen. Der Grund, weshalb es früher nicht geschehen, liege ganz einfach darin, daß bisher mit Sicherheit nicht hätte bestimmt werden können, welche Grundstücke zur Anlage der Schanzen selbst, der erforderlichen Wege u. s. f. würden in Anspruch genommen werden müssen.

Berlin, 24. Okt. (Fr. P. Ztg.) Einige Blätter wollen von einer dritten Depesche des Hrn. Drouin de Lhuys wissen, welche derselbe unterm 3. v. M. an unser Kabinett habe gelangen lassen, also zu einer Zeit, als die Begegnung zwischen dem Kaiser Napoleon und dem Grafen Bismarck eben stattgefunden hatte. Hier ist von einer solchen Depesche durchaus nichts bekannt. — Der Redakteur May hat seinen im Jahr 1861 erneuerten Heimathsschein der Doppelner Regierung zurückgeschickt, mit der Anzeige, daß er aus dem preussischen Staatsverband ausscheide und aller Rechte und Pflichten eines preussischen Staatsbürgers sich für entledigt erachte. Die Regierung zu Doppelner hat ihm eröffnet, daß bei der Entlassung aus dem preussischen Staatsverband die Bestimmungen des § 15 des Gesetzes vom 31. Dez. 1842 zur Anwendung kommen, wonach Jemand, wenn er nicht durch Verjährung das Staatsbürgerrecht verloren hat, die Entlassung daraus bei der Regierung nachsuchen muß, wenn er aus dem Staatsverband ausscheiden will. — Sie dürfen mit Bestimmtheit annehmen, daß, wenigstens von Seiten unserer Regierung, gegen die Generalversammlung des Nationalvereins, abgesehen von allen andern Gründen, schon um deshalb nichts geschehen wird, weil die Politik der Regierung nur gewinnen kann, wenn solche Komödien recht oft stattfinden.

Berlin, 25. Okt. (W. R. B.) Die „Provinzialkorresp.“ schließt einen Artikel, in welchem sie die österreichisch-preussischen

Noten an den Frankfurter Senat bespricht, mit den Worten: „Von der Antwort des Senats und dessen weiterem Verfahren wird es abhängen, welche Folge die deutschen Großmächte ihrer Mahnung geben werden.“ — Die Wahl des Erzbischofs von Köln, bemerkt dasselbe Organ, werde nächstens erfolgen. Der Kommissär der Staatsregierung, Oberpräsident Staatsminister v. Duesberg, werde sich in den nächsten Tagen nach Köln begeben, um Namens der Staatsregierung dem Domkapitel die erforderlichen Eröffnungen zu machen.

Berlin, 25. Okt. Wie verlautet, hat das Handelsministerium sich von der Nothwendigkeit einer Revision der Eisenbahn-Gesetzgebung überzeugt. Demgemäß soll von diesem Ministerium bereits der Entwurf eines neuen Eisenbahn-Gesetzes ausgearbeitet worden sein. Derselbe wird beim nächsten Landtag eingebracht. — Mit Genehmigung Sr. Maj. des Königs hat das Kriegsministerium unter dem 19. Okt. sämtlichen Generalkommandos die Weisung zugehen lassen, daß in allen Garnisonen, in denen etwa die Cholera zum Ausbruch kommt, eine Verbesserung der Truppenverpflegung eintreten soll. Namentlich soll diese Verbesserung darin bestehen, daß für solchen Fall an den betreffenden Orten sämtlichen Mannschaften außer der gewöhnlichen Kost täglich des Morgens pro Kopf eine Portion Kaffee oder eine schmackhafte kräftige Suppe verabreicht wird. — Dem Vernehmen nach wird der Ministerpräsident Graf Bis marck am nächsten Samstag aus Biarritz in Berlin wieder eintreffen. — Der hiesige Magistrat veröffentlicht jetzt im Kommunalblatt den vollständigen Bericht, mit welchem er die Beschwerde der Stadtverordneten-Versammlung in Sachen der Wahl eines zweiten Stadt-Bauraths begleitet hat. In diesem Bericht wird das eigenmächtige Verfahren der Versammlung bei der Wahlangelegenheit als eine Insubordination bezeichnet. Angehts solcher Steigerungen der Konflikte zwischen den Kommunalbehörden ist vorerst an eine Ausgleichung der obwaltenden Streitigkeiten nicht zu denken. — In der nächsten Sitzung der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung kommt ein von mehreren Mitgliedern derselben eingebrachter Antrag auf Abschaffung des seit einigen Jahren bestehenden Einzugsgeldes zur Verhandlung. Die Motive zu dem Antrag lauten:

Das Einzugsgeld steht dem allgemein anerkannten Prinzip der Freizügigkeit direkt entgegen, hält eine Menge tüchtiger Kräfte von Berlin entfernt, und ist eine der drückendsten und ungerechtfertigtesten Steuern.

Wien, 23. Okt. (Allg. Ztg.) Gutem Vernehmen nach steht eine vollständige Reorganisation des kaiserlichen Kabinetts in unmittelbarer Aussicht; es wird dasselbe, dessen bedeutendere Geschäfte in der letzten Zeit schon an das Militärkabinet übergeben worden, zu einer durchaus selbständigen und politischen Stelle umgestaltet werden. An die Spitze dieser Stelle ist als Kabinettsdirektor und mit dem Rang eines Hofraths der Legationsrath v. Braun aus Frankfurt gestellt, der eben heute — er hat hier bekanntlich den in Urlaub abwesenden Hrn. v. Meynenbug als Referenten für die deutschen Angelegenheiten vertreten — nach Frankfurt zurückkehrt, um dort seine Geschäfte zu ordnen und dann in etwa 14 Tagen sein neues Amt zu übernehmen. — Die beunruhigenden Gerüchte über die Einberufung der Kräfte der italienischen Armee werden hier als vollständig grundlos bezeichnet.

Wien, 25. Okt. Die offiziöse „Wien. Abendpost“ spricht sich in ihrem letzten Blatt über den Entschluß des Frankfurter Senats, die von Seiten der deutschen Großmächte an denselben gerichteten Aktenstücke mit identischen Noten zu beantworten, sowie über die Eigenschaft der erwähnten Aktenstücke selbst wie folgt aus:

Es ist von vornherein klar, daß die beiden von Preußen und Oesterreich ausgegangenen Schriftstücke, die in der Argumentation, den Schlussfolgerungen und im Ton so erheblich von einander abweichen, eben andere als identische Rückäußerungen des Senats hätten hervorgerufen sollen. Wenn durch die identische Fassung auch in dem für Oesterreich bestimmten Schriftstück Sätze beantwortet sind, welche die österreichische Regierung gar nicht aufgestellt hat, so ist das mindestens eine etwas seltsame Art des Meinungsaustrausches. Bei dieser Gelegenheit wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die preussisch-österreichischen Noten nicht Noten im technischen Sinn des Wortes, sondern an die betreffenden Vertreter in Frankfurt gerichtete Aktenstücke sind und daher auch der Frankfurter Regierung gegenüber keinen streng formulierten, sondern wesentlich konfidentiellen Charakter tragen.

Wien, 25. Okt. Die seit dem Wiener Frieden nur durch einen Geschäftsträger geleitete diplomatische Vertretung Oesterreichs am dänischen Hofe ist jetzt wieder einem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister übertragen, und ist als solcher der bisherige Botschaftsrath bei der österreichischen Botschaft in London, Graf Wimpffen, ernannt worden.

Italien.

Florenz, 25. Okt. (W. R. B.) Nach der „Italia“ gehören von 140 im ersten Scrutinium gewählten Abgeordneten 90 der gemäßigt-liberalen, 45 der konstitutionellen und der linken, 5 der kirchlichen Partei an; alle Minister sind wieder gewählt.

Turin, 25. Okt. Der Prinz und die Prinzessin Napoleon sind diesen Morgen in unserer Stadt angekommen. Die portugiesischen Majestäten werden diesen Abend ankommen. Eine Proklamation des Bürgermeisters fordert die Bevölkerung auf, ihnen entgegenzugehen. Die Nationalgarde und die Truppen sind unter den Waffen. Heute Abend wird die Stadt erleuchtet sein.

Frankreich.

Paris, 25. Okt. Die Schritte, welche Preußen und Oesterreich in Frankfurt gethan, sind immer noch das stehende Thema der französischen Presse. Der kleine „Moniteur“ sagt in seiner politischen Wochenschau u. A.:

Die Kabinete von Wien und Berlin haben kürzlich zwei diplomatische Noten an den Frankfurter Senat gelangen lassen. In diesen

Notenfläden, die, ohne identisch zu sein, denselben Zweck einhalten, beklagen sich die beiden deutschen Großmächte über die Toleranz, welche die Regierung der Freien Stadt gegen den deutschen Abgeordneten, der kürzlich am Sitz des Bundestags zum Protest gegen die Gasteiner Konvention sich versammelt hatte, an den Tag gelegt hat. Sie heben in sehr heftigen Ausdrücken diese streng getadelten Bestrebungen hervor und schließen mit dem Ausdruck der Befürchtung, daß sie fernhin genöthigt werden könnten, in direkter Weise gegen die Wiederkehr der von ihnen angeführten Mißbräuche einzuschreiten. Mehrere mittelstaatliche Regierungen scheinen mit einer gewissen Beunruhigung diesen Schritt der beiden Höfe in's Auge zu fassen. Die vor Ende des Monats beabsichtigte Versammlung des Nationalvereins gibt diesem Zwischenfall eine praktische unmittelbare Bedeutung.

Die „France“, welche die telegraphische Analyse der preussischen Note abdruckt, will einstweilen, bis ihr der offizielle Wortlaut zur Kunde gekommen ist, ihre Echtheit dahingestellt sein lassen, „indem eine solche Sprache noch niemals von der Diplomatie an einen souveränen Staat gerichtet worden sei; das seien ja keine Wink, sondern Forderungen und Drohungen, die mit diplomatischen Formen nichts gemein haben.“ — Der „Siecle“ führt eine ähnliche Sprache, jedoch aus dem Diplomatischen in kurrente Prosa über. — Der „Pays“ meldet, daß Ende Oktober zwei Transportschiffe von Toulon nach Civita-Vecchia abgehen werden, um die französischen Truppen der römischen Garnison, welche in ihr Vaterland zurückkehren, aufzunehmen. — Der „Moniteur“ wiederholt heute seine Versicherung, daß der Gesundheitszustand in den Pariser Lycées äußerst beruhigender Natur sei. So seien im Collège Chapal, das 1000 Zöglinge (wovon 575 Pensionäre) zähle, gegenwärtig nur zwei Kranke. — Nente 68, Cred. Mob. 886.25, Ditt. 533.75, ital. Anl. 65.50.

Paris, 25. Okt. In seiner Wochenschau bestätigt der „Abend-Moniteur“ indirekt die Nachricht vom Rücktritt des Mgr. Verode. Er sagt: „Mehrere Veränderungen hatten im Personal der päpstlichen Regierung statt. Sie scheinen zum Zweck zu haben, mehr Einheit in die Verwaltung zu bringen. Das französische Okkupationskorps wird unverzüglich seine Konzentrationbewegung beginnen und gleichzeitig wird der Abgang der Abtheilungen stattfinden, die nach Frankreich zurückkehren. Die Regierung des heil. Vaters scheidet sich an, sie auf der Südgrenze durch ihre Truppen zu erlehen, und ist thätig mit der nöthigen Rekrutierung beschäftigt, um die Cadres ihrer Armee zu vervollständigen.“ Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß der „Moniteur“, welcher jüngst sagte, daß die päpstliche Regierung ihre Armee nicht auf 8000, sondern, der September-Konvention entsprechend, auf 12,000 Mann bringen werde, sich heute selbst berichtigt; indem er bemerkt, daß die Konvention keine Zahl betr. der päpstlichen Armee feststellt. — Die Abschaffung der General-Steuerernehmen ist nun definitiv in der Weise beschlossene, daß die durch Tod oder Pensionierung der Titulare eingehenden Posten nicht wieder besetzt werden. Der Finanzdienst der General-Steuerernehmer soll nach und nach auf Sukzessoren der französischen Bank übergehen. — Graf Bis marck wird auf übermorgen aus Biarritz in Paris erwartet. Nächsten Samstag wird im Reitercircus der Elyseischen Felder das erste Konzert der Musik des preussischen 34. Infanterieregiments stattfinden. — Die Cholera scheint sich in den südwestlichen Stadttheilen von Paris konzentriren und festsetzen zu wollen. In Versailles, welches bisher stets von der Cholera verschont blieb, ist die Seuche, wahrscheinlich von Pariser Flüchtlingen oder durch die Garnison eingeschleppt, nun ausgebrochen. — Der Hof, welcher noch in St. Cloud ist, wird, um die Pariser durch sein Verbleiben zu beruhigen, nicht vor dem 10. oder 12. Nov. nach Compiegne abgehen. Der Erzbischof von Paris hat nun ebenfalls einige Spitäler besucht. Jaak und Emil Pereire gaben 10,000, und der Credit-Mob. 20,000 Fr. für die Familien der Opfer der Seuche.

Spanien.

Madrid, 24. Okt. Abends. Die Cholera ist in Barcelona, Valencia und auf den Balearen Inseln vollständig verschwunden. Gestern gab es in Madrid 50 Krankheits- und 32 Todesfälle.

Großbritannien.

London, 24. Okt. Es ist nun fest beschlossen, daß Lord Palmerston's Andenken durch ein öffentliches Leichenbegängniß geehrt werden soll; am Freitag wird die Leiche neben den Aufsehenden der andern großen Staatsmänner Canning und Pitt in der Westminsterabtei beigesetzt werden. Auf den Wunsch der Königin ist diese Anordnung getroffen worden. Die Leiche ist gestern Abend hier in Cambridge house eingetroffen. Still und einfach geschah die Ueberbringung des Sarges, welchem nur ein Trauerwagen folgte. In den Ortschaften, durch welche der kleine Zug passirte, läuteten die Glocken, und die Einwohner bezeugten ihre Theilnahme durch Schließung der Läden. Es war dunkel, als der Sarg in Cambridge-house ankam, und die Sache war mit solcher Vermeidung alles Aufsehens geleitet worden, daß nur wenige Personen vor dem Gebäude versammelt waren. Der einzige Neffe Lord Palmerston's, der Geistliche Henry Sullivan, und der Privatsekretär und Stiefenkel des verstorbenen Premiers, Hr. Evelyn Ashley, waren zugegen, um den Sarg in Empfang zu nehmen. Der Leichenzug wird Cambridge-house um zwölf Uhr am Freitag verlassen und um ein Uhr in der Westminsterabtei ankommen. Die Hauptleidtragenden, unter ihnen Viscount Bury als Vertreter der Königin, der Herzog von Cambridge, Earl Russell und die übrigen Kabinettsmitglieder werden von Cambridge-house aus das Geleite geben, die Mitglieder der beiden Häuser des Parlaments sich in der Abtei versammeln.

Der belgische Geschäftsträger hat der Wittve Lord Palmerston's einen Brief seines Königs überliefert und sie sowohl wie den Earl Russell der aufrichtigen Theilnahme der belgischen Regierung und des Landes versichert. — Die Depesche, welche Hr. Drouin de Lhuys am 20. v. d. aus Veranlassung des Todes Lord Palmerston's an den hiesigen

französischen Geschäftsträger Baron Daude gerichtet hat, lautet wie folgt:

Mein Herr! Der Kaiser und seine Regierung konnten den hochstehenden Staatsmann, dessen Verlust England in diesem Augenblick beweint, nicht ohne ein tiefes Schmerzgefühl von dem Schauplatz der Politik verschwinden lassen. Sein Tod hat die öffentliche Stimmung schmerzhaft bewegt in dem Maße, dem er während langer Jahre so glänzend gedient hat. Ueberall, wo der englische Name bekannt ist, wird dieses Gefühl einen langen Widerhall finden. Wir selbst, mein Herr, hatten in vielen wichtigen Verhältnissen Gelegenheit, die hohen Vorzüge, mit welchen Lord Palmerston ausgestattet war, zu schätzen. Und wir werden uns stets gern in's Gedächtnis rufen, wie sehr er zur Herstellung der Beziehungen des Vertrauens und der Freundschaft, welche seit den Anfängen des zweiten Kaiserreichs zwischen Frankreich und England obgewaltet haben, beigetragen hat. Lord Palmerston war im Monat Dezember 1851 der Erste, den Charakter der mühsigen Entschlüsse zu erkennen, welche die Lage Frankreichs Sr. Majestät einflößte. Er hat deren Konsequenzen aufrichtig angenommen, indem er sich über den Groll der Vergangenheit erhob, und zwar mit einer Unbefangenenheit des Urtheils, welche des Lobes um so würdiger ist, als er am Anfang seiner Laufbahn in die alten Kämpfe hineingezogen war; er hat seinen Einfluß benützt, um seinen Mitbürgern das Verständnis der Dienste zu eröffnen, welche die in Frankreich herbeigeführten Ereignisse der Sache der Ordnung in Europa geleistet haben. Wenige Jahre später fanden wir bei Lord Palmerston den entschiedensten und sichersten Beistand, als die im Orient entstandenen Verwicklungen die beiden Nationen aufrufen, ihre Anstrengungen zu vereinigen und sie zur Schlichtung dieser nicht minder wegen des innigen und aufrichtigen Einverständnisses der Kabinette als wegen des edlen Wettstreits der Armeen bemerkenswerthen Allianz führten. Eben so wenig können wir den Anteil Lord Palmerston's bei der Negotiation des vor 5 Jahren abgeschlossenen Handelsvertrags vergessen. Als Premierminister der Krönin hat er den Gedanken, die Beziehungen Englands zu uns auf der Grundlage einer engeren Gemeinschaft der materiellen Interessen zu befestigen, seinen offenen Beifall gegeben. Mit allen Kräften hat er die erste Bewirkung dieses liberalen Systems gefördert, welches seitdem von der Erfahrung geheiligt und heute von den meisten Staaten des Continents angenommen worden ist. Diese Thaten gehören der Geschichte der beiden Länder an. Der Name Lord Palmerston's ist mit ihnen unauflöslich verbunden, und wir werden niemals die Rolle aus dem Andenken verlieren, welche er in den Gestaltungen einer für die Beziehungen Frankreichs und Englands so bedeutsamen Angelegenheit gespielt hat. Wir machen es uns zur Pflicht, das Zeugnis unserer Sympathien den Ehren hinzuzufügen, welche die britische Nation so gerechtmäßig seinem Andenken erweist. Ich bitte Sie, den Gefühlen des Kaisers und der Regierung Sr. Maj. bei Lord Russell Ausdruck zu geben. Zugleich werden Sie die Güte haben, dem ersten Staatssekretär der Krönin Abschrift dieser Depesche einzubändigen. Empfangen Sie etc. — Drouin de Lhuys.

Amerika.

Neu-York, 12. Okt. Wegen dringender Geschäfte hat Präsident Johnson seine beabsichtigte Reise durch die Staaten des Südens auf eine günstigere Zeit hinausgeschoben. Unter Anderem ist kürzlich Joseph S. Davis, ein Bruder des Vizepräsidenten des Südbundes, amnestirt worden. Der Richter Bird aus Alabama hat einen Besuch in Washington gemacht und schreibt von dort nach Mobile in Bezug auf die Erwartungen, welche der Präsident von den in der Rekonstruktion begriffenen Staaten hege, „daß 1) die afrikanische Race durch das organische Gesetz jedes Staates frei erklärt werde, daß 2) jeder Staat den befreiten Neger verfassungsgemäß bürgerliche Rechte sichere und gewährleiste. Politische Rechte, wie Wahlrecht, das Recht, als Geschworne zu fungiren, u. a., werden für die Neger einzuweisen nicht erwartet; diese Punkte werden der Entscheidung der einzelnen Staaten überlassen. Die Freiheit der afrikanischen Race jedoch und die Gewährleistung ihrer bürgerlichen Rechte sind zur Rekonstruktion der Staatsregierungen und zur Wiederaufnahme der Staaten in die Union erforderlich.“ Es ist zu bemerken, daß der Beifall, mit welchem der Präsidenten Anrede an das kürzlich nach Washington zurückgekehrte Negeregiment begrüßt wurde, ausschließlich von anwesenden Weißen, nicht von den Soldaten oder deren farbigen Freunden ausging. An vielen Orten des Landes halten die Neger Massenversammlungen, um ihre Ansprüche an soziale und politische Gleichstellung darzulegen.

San Francisco ist am Sonntag den 8. d. von einem Erdbeben heimgegriffen worden, welches die ganze Stadt erschütterte, mehrere Gebäude, jedoch keines der größeren, zerstörte, und an sehr vielen andern seine Spuren in Gestalt gebrochener Mauern und eingestürzter Plafonds hinterließ. Nicht wenige Menschen erhielten Verletzungen, zumal in den Kirchen, aus welchen sich die erschrockene Menge ins Freie drängte. Auch in andern Städten Kaliforniens machten sich die Stöße, zehn oder elf an der Zahl, bemerkbar. Die Fluth stieg zur Zeit der Erschütterung sehr hoch, und machte gleich darauf einer starken Ebbe Platz. Den angerichteten Schaden schätzt man nicht höher als 10,000 Doll.

In Pittsburgh, Pennsylvania, hat am 9. d. eine große Petroleum-Feuer stattgefunden. Die Behälter einer der größten stehenden Quellen, 4000 Faß des Oels enthaltend, gerieten in Brand; 13 Maschinengebäude, welche 5 Acres Land bedeckten, verzehrte das Feuer, dem erst spät Einhalt gethan werden konnte. Der Schaden soll 100,000 Doll. betragen.

Wieder ist ein Dampfer mit 1500 Ballen Baumwolle an Bord verbrannt: der „Tycoon“, welcher auf dem Mississippi von Memphis nach Louisville fuhr. Entlang der Centralbahn von Illinois werden in diesem Jahr 25,000 Ballen Baumwolle produziert; im vorigen Jahr waren es nur 5000 Ballen. In Texas spricht man von der diesjährigen Ernte als von einer halben. Die von den Deutschen jenes Staats produzierte Baumwolle soll reiner und von feinerer Qualität sein, als das Erzeugniß der Sklavenarbeit.

Der Astronom J. C. Watson hat am 9. d. auf der Sternwarte von Ann Harbour in Michigan einen neuen Planeten entdeckt.

Neu-York, 14. Okt. (Per „City of Washington“.)

Die Deputation der südcarolinischen Konvention machte dem Präsidenten gestern ihre Aufwartung und brachte ihr Gesuch um Amnestirung Jefferson Davis', A. S. Stephens', Trenholm's und Magrath's vor. Hr. Johnson erwiederte, er könne nicht Alle auf einmal amnestiren, und in der Ausübung der Milde sei Vorsicht nöthig. Was Trenholm und Stephens betreffe, so sei er dem Gesuch schon zuvorgekommen; wenn jedoch Verrath begangen worden sein sollte, so müsse die Macht der Regierung, dieses Verbrechen zu bestrafen, sich von dem höchsten Gerichtshof bestimmen lassen, und die Thatsache müsse erklärt werden, wenn auch späterhin Gnade erfolgen sollte. Vorurtheil oder Rachsucht in der Ausübung ihrer Pflicht existire bei der Regierung nicht. Ein Mitglied der Deputation erbat darauf für Frau Jefferson Davis die Erlaubniß, bei ihren Freunden in Süd-Carolina zu wohnen, statt wie jetzt in Georgien zurückgehalten zu werden; worauf der Präsident die Antwort gab, daß er mehrere Briefe von Frau Davis erhalten habe, von denen jedoch nur einer in einem Tone gehalten sei, der eine mildere Behandlung empfehle. — Der Finanzsekretär McCulloch hat eine Rede gehalten, worin er auf die Vortheile der Fundirung der Schatzknoten hinwies und von dem Kongreß darauf bezügliche Schritte erwartete.

Mexiko. Der mexikanische Konsul in Neu-York, J. D. Navarra, bemerkt, indem er die angebliche Abreise des Präsidenten Juarez von El Paso in die Vereinigten Staaten widerlegt, daß er Briefe vom 8. Sept. von Juarez erhalten habe, fünf Tage später, als jene Nachricht datirt war; Juarez habe durchaus nicht die Absicht, noch auch irgend welche Veranlassung, Mexiko zu verlassen.

Die österreichische Note an den Frankfurter Senat.

Der angebliche Wortlaut dieses Aktenstücks (aus dem wir gestern bereits einen ausführlichen telegraphischen Auszug mitgetheilt haben) ist nach dem „Frankfurt. Journal“ folgender:

Erlaß an Frhrn. v. Frankenstein, den 8. Okt. 1865.

Der Verlauf des am 1. d. M. zu Frankfurt abgehaltenen sogenannten Abgeordnetentags hat für jetzt nur die innere Haltlosigkeit dieses neuen Agitationsversuchs und die Befahrenheit der politischen Parteien in Deutschland bloßgelegt. Die eingelaufenen Abgabebriefe, wie die unverkennbare Gleichgültigkeit des Publikums dürften selbst den Urheber dieser bedeutungslosen Demonstration die Verfrühtheit des Unternehmens gezeigt haben, an den Entschlüssen der beiden ersten Mächte Deutschlands ihre ammaßliche Kritik zu üben. Allein wenn auch die gehörten Reden, sowie die Resolutionen der Versammlung in ihrer, gelinde gesagt, unpassenden Motivirung und halbrevolutionären Aufspaltung gerechter Misachtung verfallen sind, so trägt dieses Fehlschlagen doch nicht den verkehrenden Charakter der Thatsache, daß die gegen die Regierungen von Oesterreich und Preußen gerichteten Schmähungen und Beleidigungen, welche die demokratische Presse täglich anfüllt, in Frankfurt unter den Augen des Bundestags und der eigenen Truppen der beiden Mächte auf offener Tribüne wiederholt worden sind. Es darf ferner nicht außer Acht gelassen werden, daß jener Sechshundreißiger-Ausschuß, welcher den Abgeordneten tag einberufen hat, auch diesmal erneuert worden ist, und daß dieser Ausschuss und sein engeres geschäftsleitendes Komitee, als ein in Permanenz erklärtes Organ der deutschen Revolutionspartei, nur auf günstigere Umstände wartet, um mit mehr Erfolg von neuem auf dem Schauplatz zu treten. Die Regierungen Deutschlands werden gewiß sämtlich mit uns darin einverstanden sein, daß schon die bloße Existenz des Sechshundreißiger-Ausschusses, ganz abgesehen von den Wirkungen des neuesten maßlosen Auftretens der Versammlung in Frankfurt und von dem für Oesterreich und Preußen beleidigenden Charakter ihrer Beschlüsse, eine vollkommen ungeschickliche und unkonstitutionelle ist. Insbesondere wird der Senat von Frankfurt in seiner bundesgetreuen Gesinnung sich nicht verheßen können, daß die Bundesstadt am wenigsten zum Sammelplatz dieser gefehlwidrigen Agitation herbeizuziehen werden sollte. Bereits nach dem 21. Dec. 1863 abgehaltenen Abgeordneten tag, aus welchem die Einsetzung eines permanenten Ausschusses zur Durchführung des Volkswillens, als Mittelpunkt für die Thätigkeit der Vereine, der Fortschrittspresse etc. hervorging, haben wir es gemeinschaftlich mit Preußen an ersten Vorstellungen gegen die diesem Treiben am Sitz der Bundesversammlung gewährte Zuldung nicht fehlen lassen. Die seitdem in häufiger Aufeinanderfolge dort in Szene gesetzten Kundgebungen beweisen, welche geringe Beachtung die damals von den Vertretern der beiden Höfe dem Herrn Ältern Bürgermeister in vertraulicher Weise gemachten Bemerkungen gefunden haben. In dieser Wahrnehmung sonnt, wie in ihrer Ueberzeugung, daß eine so usurpatorische Wirksamkeit, wie die jenes Ausschusses und des Abgeordneten tags, nicht ohne ernste gemeinsame Gefahr noch länger stillschweigend zugelassen und durch gewissemaßen zu gewohnheitsmäßigen Bestände erhoben werden dürfen, müssen die Kabinette von Wien und Berlin eine unabweißliche Aufforderung erlösen, die ganze Aufmerksamkeit des hohen Ernsts von neuem auf die besprochenen Vorgänge und das Verhältnis der Bundesstadt zu denselben zu lenken. Wir glauben der zuverlässigen Erwartung Raum geben zu können, daß nicht nur so leidenschaftliche Invektiven und ein so ausgesprochenes Parteikampf gegen die ersten Bundesmächte, wie er die Tagesordnung der letzten Versammlung bildete, künftig keine Stätte mehr in Frankfurt finden, sondern der Senat überhaupt das Zusammentreten neuer, von dem Komitee des Sechshundreißiger-Ausschusses einberufener Versammlungen auf seinem Gebiet von nun an nicht mehr gestatten werde. Die Autorität des Senats, an welche wir uns hiermit in erster Linie wenden, wird uns hoffentlich der Nothwendigkeit überheben, auf anderweite Schritte Bedacht zu nehmen, um vom Siege der deutschen Bundesversammlung in Zukunft die bisherige ungeschicklichen Bestrebungen fern zu halten. Em. etc. werden ersucht, dem Herrn regierenden Bürgermeister, sobald Ihr preussischer Kollege zu dem gleichen Schritt ermächtigt sein wird, den gegenwärtigen Erlaß vorzulesen und, wenn es gewünscht werden sollte, Abschrift zu vertraulichem Gebrauch in Händen zu lassen. Empfangen etc.

Vermischte Nachrichten.

— München, im Okt. Die „Bayer. Zig.“ schreibt: Die Anzahl der Kunstwerke, welche die artistische Reproduktion Sr. Maj. des jetzt

regierenden Königs zur Aufgabe haben, hat gegenwärtig durch ein grau in Grau ausgeführtes Gemälde von Feodor Dely eine interessante Vermehrung erfahren. Der König erscheint auf demselben in leichtem Sommerkostüm hoch zu Ross sitzend, und in bewegtem Tempo durch eine von Rebellen umwallte Gebirgslandschaft reitend. Dem Künstler kam es hierbei unstreitig mehr auf die Erzeugung eines Bildes von patriotischem Eindruck, als auf die Herstellung eines gewöhnlichen Porträts an, und dieses ist ihm trefflich gelungen. Ohne mit der Wirklichkeit im Widerspruch zu stehen, läßt es vorzugsweise auf die Phantasie eine anregende Wirkung, und bringt in nicht gewöhnlichem Grad in uns mit dem Aeußern zugleich das belebende Innere zur Anschauung.

— München, 24. Okt. (A. Zig.) Es bestätigt sich, daß (auf Kosten der Zivilisten) hier eine Schule für neuere dramatische Musik, unter der Leitung des Hrn. v. Bülow und den Auspizien Richard Wagner's, errichtet werden soll. Man ist mit großen Gelehrlichkeiten in Unterhandlung, um dieselben als Lehrer des neuen Instituts zu gewinnen; bevor diese Unterhandlungen, die Lokalitätsfrage u. dgl. bereinigt sind, läßt sich der Termin der Eröffnung noch nicht bestimmen angeben. Die Abwartung des definitiven Beschlusses Sr. Majestät in Betreff dieser Musikschule hat auch die vom Ministerium angeordnete Reorganisation des Konservatoriums bis jetzt verzögert; auch in dieser Frage werden die Arbeiten jetzt unabhängig von dem neuen Institut weiter geführt und beendigt werden.

— München, 24. Okt. Diese Blätter bringen über die gegenwärtigen „Münchener Zustände“ folgendes Bild: „Beim Stadtgericht München l. J. wurden im vorigen Jahr 4000 Exekutionen vollzogen und im laufenden Jahr etwa 7000 Pfändungen vorgenommen. Beim Handelsgericht ist die Zahl der monatlichen Wechsel- und Handels-exekutionen auf 150 gesiegen. Ladensperren gebühren zur Tagesordnung; die Erbauung eines neuen Pfandhauses ist nothwendig; monatlich werden etwa 15,000 Pfänder in's Leihhaus gebracht, an einzelnen Tagen steigt die Zahl bis auf 600. Eben so nothwendig ist die Erweiterung oder Herstellung von Schulgefängnissen geworden, und sind Kredite hierfür bereits bewilligt.“ Dies die zivilrechtliche Seite des Bildes, das wir auf dem Gebiet des Strafrechts noch mit folgenden Daten, deren Richtigkeit uns verbürgt wird, ergänzen können. Beim Stadtgericht München l. J. sind im letzten Etatsjahr mehr als 80,000 Uebertretungen zur Anzeige gekommen; das Bezirksgericht München l. J. sah als erste und zweite Instanz über 1200 Straffälle zu Gericht; bei dem Schwurgericht wurden eilfzig 100 Anklagen wegen Verbrechen verhandelt, und endlich hatten die Untersuchungsrichter in gleicher Zeit 2700 Untersuchungen durchzuführen. Hierzu ist noch zu rechnen die Thätigkeit des Bezirksgerichts München l. J. in der Au, welche nach den bisherigen Erfahrungen die obigen Ziffern noch etwa um die Hälfte mehrn bilft.

— Frankfurt, 26. Okt. (Sch. M.) Die geschäftsleitende Kommission des Sechshundreißiger-Ausschusses beschloß Maßregeln, um die Othobeschlüsse des Abgeordnetentags auszuführen und die Organisation für Gesamtdeutschland neu zu beleben und zu erweitern.

Werdau, 21. Okt. (Dr. J.) Die hiesige Medizinalpolizeibehörde macht, höherer Anordnung zufolge, auf Grund amtlicher Ermittlungen bekannt, daß bis zum 20. Oktober alhier an der Cholera 149 Personen erkrankt und 52 Personen gestorben sind.

Berlin, 25. Okt. Unter außerordentlich zahlreicher Betheiligung der hauptsächlichsten Bevölkerung erfolgte heute Vormittag das feierliche Leichenbegängniß der Opfer des neulichen Gauseinsturzes in der Wasserthorstraße und der 3 Maurer, welche bei einem Bau vor dem Königsthor zu Tode gekommen sind. Leider führte in den Morgenstunden ein starker Regen die Versammlung und Aufstellung des Trauerzuges. Gegen 10 Uhr ließ der Regen aber nach. Nach einer kurzen gottesdienstlichen Feier setzte sich der Zug um 11 Uhr von der Charité aus in Bewegung, und zwar in folgender Ordnung: Voran ein Musikchor, dann eine Trauerfabne, welcher das Zentralkomitee zur Unterstützung der Verunglückten, sowie der Stabkommandant, der Polizeipräsident, viele Prediger und die Deputationen der städtischen Behörden folgten. Diesen schloß sich ein Theil der Tischlergesellschaft mit dem Gewerksbanner an, worauf 14 Särgen und die Tischlerinnung folgten. Alsdann kam ein zweites Musikchor vor den Särgen der 3 verunglückten Maurer, denen das Maurergewerk folgte. Hierauf eröffnete ein drittes Musikchor den Zug der letzten 13 Särgen, die von dem zweiten Theil der Tischlergesellschaft, sowie von zahlreichen Deputationen anderer Gewerke und mehrerer Vereine begleitet wurden. Die Karlestraße, die Friedrichstraße und die Pionierstraße, durch welche der sehr ausgedehnte Trauerzug sich nach dem Jakobikirchhof bewegte, waren zu beiden Seiten von dichtgedrängten Massen mittrauernder Einwohner besetzt.

— Zur neuen Brennerbahn ist ein großer Schritt vorwärts gethan worden. Der Hochlausener Tunnel, der längste der neuen Bahn, nordwärts dicht bei Bogen, über eine Viertelmeile lang beim Gehen, ist durchbrochen. Die Bahn wird eine der wunderbarsten werden. Sie führt durch die geheimsten Schluchten Südtirols und durch die prächtigsten Landschaften.

Paris, 25. Okt. Die Oper „Jeanne d'Arc“ von Duprez wurde gestern im „Grand theatre parisien“ mit Beifall gegeben. — Die Vorträge der Rue de la Paix werden in den ersten Tagen Novembers wieder beginnen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

25. Okt.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27° 6 13	+ 10,5	S.W.	stark bew.	trüb, Strichregen
Mittags 2	6,73	70	„	„	„
Nachts 9	7 02	70	„	„	„

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 29. Okt. 4. Quartal. 118. Abonnementsvorstellung. Der Feenfee; Zauberoper in 5 Akten, von Auber.

